



„2. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“

18.11.2013, im Landtag NRW Düsseldorf

Dokumentation des Workshops: Der Beitrag der NRW-Entwicklungspolitik zur Nachhaltigkeit (14:30 - 15:30 Uhr, Raum E3 D01)

Autor: Stephan Vieweger, lab concepts GmbH

Teilnehmende an der Diskussion:

Renate Hendricks, MdL Nordrhein-Westfalen, Beauftragte für Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion

Karin Kortmann, Teilbereichsleiterin Fach- und Methodenbereich, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Moderation und Einleitung: Udo Schlüter, Geschäftsführer Eine-Welt-Netz Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Nachhaltigkeit gewinnt nicht nur im Handeln der Bevölkerung und in der öffentlichen Meinung immer mehr an Bedeutung (Stichwort: Fairtrade). Durch die Verabschiedung des Tarifreue- und Vergabegesetzes und den Beschluss des Landeskabinetts zur Eine-Welt-Strategie hat auch die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) dieses Thema nun explizit gesetzlich und in ihrer Agenda verankert. Dadurch steht NRW zu seiner globalen Verantwortung als Wirtschaftsstandort und unterstreicht seine Absicht, alle Aktivitäten auf Nachhaltigkeit auszurichten. Die zentrale Frage dieses Workshops war, wie die NRW-Landesregierung der Nachhaltigkeit größeres Gewicht verleihen bzw. diese noch weiter ausbauen kann.

Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik in NRW

Am 1. Mai 2012 ist das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) in Kraft getreten. Dieses beinhaltet, dass Aspekte der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Auftragsvergabe zu beachten sind, d.h. dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen ist es nicht mehr erlaubt, Produkte einzukaufen, die unter prekären sozialen Umständen hergestellt wurden. Ferner werden dadurch auch soziale Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt, sodass nicht mehr der Preis den alleinigen Ausschlag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gibt.

Mit dem Beschluss zur Eine-Welt-Strategie am 11. Dezember 2012 ging NRW bundesweit einen eigenen Weg. Im Fokus steht dabei nicht ausschließlich das Thema „Wirtschaft“, vielmehr finden auch die weiteren strategischen Handlungsfelder „Bildung und Jugend“, „Wissenschaft und Forschung“, „Klimaschutz“, „Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ besondere Beachtung.

NRW – Nachhaltigkeitspolitik mit Vorbildfunktion

Zu Beginn des Workshops wandte sich der Moderator Udo Schlüter nach einer kurzen Einleitung und Vorstellung mit folgenden beiden Fragen an die teilnehmenden Diskutanten:

- Wo sehen Sie die entscheidenden entwicklungspolitischen Beiträge Nordrhein-Westfalens für globale Nachhaltigkeit?
- Wo sehen Sie wichtige Potentiale, die die Landespolitik noch besser nutzen kann?

Die Diskutanten stimmten dahingehend überein, dass Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle im nationalen Diskurs über die Nachhaltigkeit einnimmt. So hob Renate Hendricks, MdL und SPD-Beauftragte für Eine-Welt-Politik, die Nachhaltigkeitspolitik NRWs seit Johannes Rau mit eigenen Landes-Schwerpunkten ausdrücklich hervor. Nicht nur deshalb habe das Land ein großes Netz von entwicklungspolitischen Akteuren auch aus der Zivilgesellschaft. Die vor etwa einem Jahr beschlossene Eine-Welt-Strategie verstehe sich vor diesem Hintergrund als feldübergreifende Querschnittsaufgabe unter Einbindung verschiedenster Akteure und Politikfelder. Mit dieser Neuausrichtung könne sich die Politik des Landes nun an die veränderten globalen Herausforderungen anpassen.

Besonders das „Alleinstellungs-Merkmal“ des Standorts Bonn als Fairtrade-Hauptstadt mit seinen neunzehn UN-Einrichtungen und diversen Nichtregierungsorganisationen stellt eine zusätzliche Verpflichtung dar, mehr entwicklungspolitische Aktivitäten zu entfalten. Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, den Marktanteil von fair gehandelten Produkten deutlich zu erhöhen und somit ein „Leuchtturm des fairen Handels“ zu werden. Dabei ist v. a. die Einbindung der Kommunen

von großer Bedeutung. Als Beispiele für die veränderte entwicklungspolitische Sichtweise nannte Renate Hendricks Kaffee und Kleidung. Im Fokus des Interesses stehe nicht mehr nur das Endprodukt, das es bei uns zu kaufen gibt, sondern vielmehr seien alle Bereiche von der Produktion der Rohstoffe über die Beschaffung bis hin zur Herstellung des Endprodukts in den Fokus gerückt – auch um den Kauf von Produkten durch Kinderarbeit zu verhindern. Wichtig hierfür ist eine Koordinationsstelle, wie sie gerade in Planung ist, damit das Thema Fairtrade für die Bevölkerung und die Wirtschaft sichtbar werden kann.

Karin Kortmann von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sieht dies ähnlich und betrachtet die neue entwicklungspolitische Ausrichtung des Landes aus zweierlei Sicht:

Zum Einen ist sie als Bürgerin zufrieden über den Schritt hin zur Eine-Welt-Strategie, was die Loslösung „aus der ganz engen Umklammerung der Entwicklungspolitik“ zur Folge habe. Vielmehr ist es nun erklärtes Ziel, den Fokus zu erweitern und auf die Bereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Internationale Zusammenarbeit auszuweiten – dabei können auch Partner wie Mpumalanga (Südafrika) und Ghana mit in den Diskurs einbezogen werden.

Zum Anderen freut sich Karin Kortmann, dass NRW als Bundesland vorneweg schreitet, eigene Wege geht und eine Vorbildfunktion übernimmt. Jedoch wies sie auch darauf hin, dass dies kein Status Quo sei, sondern immer wieder durch Themensetting neu erarbeitet und bestätigt werden müsse.

Besonders wichtig für die Kooperation zwischen der GIZ und NRW sind die landesspezifischen Schwerpunkte, die nicht schon von der Bundespolitik abgedeckt sind. Denn nur so kann sich aus ihrer Sicht Nordrhein-Westfalen auf der internationalen Agenda positionieren. Ganz oben stehen dort Themen wie Umwelt- und Ressourcenschutz oder die Frage des Einsatzes erneuerbarer Energien. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen als Standort großer Energieunternehmen müsse die Energiewende mit nach vorne tragen und Anreize schaffen, die Länder des Südens daran partizipieren zu lassen. Denn in Zukunft werde es zunehmend wichtiger, Partnerschaften wie z. B. mit Ghana in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und erneuerbaren Energien einzugehen und dabei mit erfahrenen Forschungseinrichtungen, wie der TU Dortmund, zu kooperieren. Im Großen und Ganzen sollte sich Nordrhein-Westfalen auf genau definierte Bereiche konzentrieren und nicht die ganze Bandbreite an entwicklungspolitischen Feldern abdecken wollen. Bei der Definition dieses Spektrums empfiehlt Karin Kortmann Folgendes zu bedenken:

- Worin ist Nordrhein-Westfalen stark?
- Wo und wie kann diese Stärke umgesetzt werden?
- Was kann Nordrhein-Westfalen von Ländern des Südens lernen?
- Vertrauensbasis über politischen Dialog schaffen

Eberhard Neugebohrn von der Stiftung Umwelt und Entwicklung stellte die Existenz seiner Stiftung als eine wichtige Leistung Nordrhein-Westfalens im Bereich der entwicklungspolitischen Arbeit heraus. Seiner Meinung nach ist die Stiftung das wichtigste Förderinstrument des Landes für zivilgesellschaftliche Arbeit im entwicklungspolitischen und im Bildungsbereich. Sie trägt dazu bei, dass die Bürger an Internationalität gewinnen und den Herausforderungen der Weltverhältnisse besser gerecht werden.

Ebenso begrüßt er in Zeiten der Globalisierung die Herauslösung aus dem starren entwicklungspolitischen Verständnis. Denn für Länder und Kommunen sei es genauso wichtig wie für Europa und den Bund, sich den internationalen Bezügen zu stellen und in einen Dialog zu treten.

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ergeben sich folgende Einschätzungen:

Einerseits ist die Zivilgesellschaft, vertreten durch diverse Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, selbst international. Diese Organisationen und Zusammenschlüsse haben ihre ganz eigenen und autonomen Bezüge zu den Ländern des Südens. Sie treten auf ganz eigene Art und Weise mit diesen in einen Dialog, stellen sich somit auf ganz eigene Art und Weise den internationalen Anforderungen, um auf ganz eigene Art und Weise die daraus resultierenden Herausforderungen anzunehmen.

Andererseits mischen sie sich auch in Aktivitäten und Positionen der jeweils anderen Sektoren ein. D. h. sie haben ihre ganz eigenen Standpunkte zu staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten und können so eine ganz anders geartete Kritik äußern, als es der Politik möglich wäre und nehmen somit auch die Funktion eines Korrektivs ein.

Bedeutung der Landespolitik zu Handelsabkommen des Bundes oder der EU

Auf die Frage Udo Schlüters an die Diskutanten, wie internationale Handelsabkommen des Bundes im länderpolitischen Kontext auch hinsichtlich der Mitgestaltungsmöglichkeit zu sehen sind, kam Renate Hendricks als Erste zu Wort. Das Problem der Handelsabkommen sei es, dass diese länderpolitisch oft in Frage gestellt würden, da sie nicht der ureigenen Politik der Länder entspringen und von ihnen auch nicht verabschiedet wurden. Trotzdem besteht eine politische Bindung an diese Handelsabkommen. An dieser Stelle gelte es zu vermitteln, dass das Land

Nordrhein-Westfalen eigene Idealvorstellungen hat, die von der Vorstellung einer globalen und gerechten Gesellschaft geleitet sind.

Eberhard Neugebohrn merkte an, dass nicht immer ein Konsens zu erreichen sei, weil die Länder und der Bund oft eigene Interessen verträten. Dennoch hält er die Einflussnahme der Länder gerade im Bundesrat für ein wichtiges Instrument, um die Landesperspektive einzubringen. Gleichzeitig befürwortet er eine stärkere Auseinandersetzung und Einflussnahme in jenen Bereichen, wo die großen politischen Rahmenbedingungen für Entwicklungsprozesse gebildet werden.

Karin Kortmann ergänzt, dass im Sinne von Transparenz und Aufklärung zu Handelsabkommen nicht nur der Bund, sondern auch Länder wie Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle einnehmen können. Als Beispiel nannte sie EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) zur Schaffung von mehr Transparenz (Verwendung der Gelder aus der Hebung von Rohstoffen, Art der Förderung, Förderstandards, etc.). Dieser Initiative beizutreten und sich darin zu engagieren bietet nach Karin Kortmann eine große Chance für NRW, um neue Wege zu beschreiten, Verantwortung zu übernehmen und somit landespolitisch eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Fairtrade als freiwillige Selbstverpflichtung!?

Auf die Frage, wann Fairtrade im Tariftreue- und Vergabegesetz verpflichtend werde, erwiderte Renate Hendricks, dass der Faire Handel bereits im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und somit Teil der globalen Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung ist. Erst einmal müsse aus ihrer Sicht jedoch Aufklärung betrieben werden (z. B. in Schulen), um eine Veränderung im Konsumverhalten zu forcieren. Eberhard Neugebohrn ergänzte, dass vom Land nichts erwartet werden solle, was es nicht leisten könne. Ein solches Gesetz müsste sich im Rahmen des EU-Rechts bewegen. Mit einer Sollbestimmung bezüglich Fairtrade wäre es ein leichtes, das komplette Tariftreue- und Vergabegesetz zu kippen und die bereits erzielte Wirkung wäre verloren.

Zum Thema Fairtrade kamen aus dem Publikum auch kritische Anmerkungen: So wurde konstatiert, dass in Nordrhein-Westfalen diesbezüglich zwar schon einiges passiert sei, es gehe dabei jedoch überwiegend um den „Nachtisch“: um Schokolade, Kaffee oder Bananen. Beim „Hauptgericht“ – wie Elektronik, Kleidung, Rohstoffe etc. – funktioniere der faire Handel eigentlich noch überhaupt nicht. Abschließend wurde gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um Waren und Rohstoffe „fair“ beziehen zu können und damit dem fairen und nachhaltigen Verständnis des Landes Nordrhein-Westfalen zu entsprechen.

Es geht nur über "Köpfe"!

„Seit Johannes Rau ist die Welt nicht gerade nachhaltiger geworden“, konstatierte ein Repräsentant der NRW-Vertretung in Brüssel. Ein Modell, in dem immer alles nur so ein bisschen verbessert werde, gehe nicht auf. Das Thema „Good Practice“ gelte es deshalb – mit Verweis auf eine Energieinitiative in Ghana – nach vorne zu tragen. Speziell im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz habe Nordrhein-Westfalen viel zu bieten und genau in diesen Bereich müsse der Entwicklungsgedanke weiter getragen werden. Schließlich gäbe es in fast allen Ländern dieser Welt Experten für Nachhaltigkeit, die Unterstützung benötigen. Deshalb müsse der Fokus der Landesregierung weiterhin darauf liegen, den Wissenschaftler- und Expertenaustausch mit Akteuren zu suchen und die Nachhaltigkeitsforschung interdisziplinär voranzutreiben.

Fazit: Der Weg ist noch nicht zu Ende

Es stellt sich die Frage, wie Nordrhein-Westfalen die weitere Entwicklung und den Ausbau seiner Nachhaltigkeitsstrategie vorantreibt und inwiefern sich im nationalen und internationalen Kontext eigene Akzente durchsetzen lassen. Nicht nur Karin Kortmann plädiert an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für den Ansatz, endlich die alten Fragen von Umwelt und Entwicklung miteinander zu verbinden und sie nicht nur nebeneinander herlaufen zu lassen. Die einzelnen Facetten von Nachhaltigkeit und deren Auswirkungen weltweit dürfen nicht mehr isoliert betrachtet werden. Dazu ist die Mitwirkung der Zivilgesellschaft aber auch von Wissenschaft und Forschung in der ganzen Welt unabdingbar. Abschließend – so sind sich die Diskutanten einig – bleibt zu hoffen, dass das NRW-Umweltministerium den Nachhaltigkeitsprozess weiterhin als ressortübergreifendes Gesamtprojekt versteht und vorantreibt.